

A1 Energieland Sachsen-Anhalt – sicher versorgt, wirtschaftsstark und sozial gerecht

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 07.06.2022
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

0) Einleitung

Seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 befinden wir uns inmitten einer Zeitenwende. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt verurteilen den vom Kreml ausgehenden Krieg auf das Schärfste.

Deutschland hat im Jahre 2021 vor allem folgende Energieträger (Anteile) aus Russland importiert: Mineralöl (35%), Gas (55%), Steinkohle (50%) und Uran (20,2%).

Sachsen-Anhalt ist in Besonderem Maße von Russlands Erdgas und Erdöl abhängig.

Es besteht die wesentliche Aufgabe, kurzfristig Importmengen aus russischen Quellen durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. mittelfristig den Verbrauch durch Energieeffizienz und Suffizienzstrategien zu reduzieren. Wir gehen damit den seit der Annexion der Krim und den anhaltenden Aggressionen im Osten der Ukraine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebten Weg der energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit von Russland weiter.

Die kurzfristige Substitution von Rohöl, insbesondere am Raffineriestandort Leuna und von Erdgas beim Großverbraucher SKW Piesteritz, stellt die Industrie aber auch das Land Sachsen-Anhalt vor größere Herausforderungen, da der Bezug über Pipelines aus Russland erfolgt. Die Raffinerie von Total in Leuna nimmt etwa ein Drittel der russischen Ölimporte ab. Sie hat zwar ihre Verträge umgestellt, so dass die Ölimporte aus Russland ab Mitte April halbiert sind, aber das Ende aller Lieferbeziehungen mit Russland ist erst zum Ende des Jahres 2022 angekündigt. Neben Ammoniak- ist SKW Piesteritz Deutschlands größter Hersteller von Harnstoffprodukten.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist dabei ein wichtiger Treiber des Strukturwandels, ein wirtschaftlicher Standortvorteil und ein Jobmotor. Der Ausbau ist auch eine Frage der europäischen Sicherheit. Die Transformation unserer Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität macht uns widerstandsfähiger und umso energischer müssen der Bund und das Land Sachsen-Anhalt die Energiewende gemeinsam vorantreiben.

Der Kohleausstieg ist wichtiger denn je. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 40,4 Mt Steinkohle nach Deutschland importiert. Dabei ist Russland mit 19,2 Mt (47,5%) der Hauptbezugsort. Mit dem "Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung" ist der Ausstieg bis spätestens 2038 gesetzt. Der Angriffskrieg durch den Kreml macht den Ausstieg noch dringender und auch der Koalitionsvertrag hat sich das Ziel gesetzt, idealerweise bis 2030 auszusteigen.

37 Zur Erhaltung der Versorgungssicherheit und Unterstützung der betroffenen
38 Unternehmen sowie zur sozialen Sicherung in Sachsen-Anhalt fordern wir als
39 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt folgende Initiativen:

40 1) Ausbau, Versorgungssicherheit, 41 Energieeffizienz

42 a) Erdgas

43 Aufgrund der starken Abhängigkeit von Erdgas ist eine schnelle Diversifizierung
44 der leitungsgebundenen Gasversorgung notwendig. Dazu braucht es eine gezielte
45 gemeinsame Anstrengung der europäischen Gemeinschaft und eine Anpassung der
46 vorhandenen Infrastruktur zu deren optimaler Ausnutzung. Mit verbindlichen
47 Füllstandsvorgaben für die Wintermonate im Gasspeichergesetz ist bereits ein
48 entscheidender Schritt unternommen worden, um die Speicherinfrastruktur im Sinne
49 der Versorgungssicherheit optimal zu nutzen.

50 Wir begrüßen die derzeitigen Anstrengungen, auch wasserstoffgeeignete LNG-
51 Terminals in Deutschland zu errichten. Bei den neu entstehenden
52 Lieferbeziehungen wollen wir darauf achten, dass diese nicht zu dauerhaften
53 Lock-in-Effekten führen. Wo es zur Aufrechterhaltung industrieller Prozesse
54 kurzfristig nötig und möglich ist, soll Erdgas mit klimaneutral hergestelltem,
55 sogenanntem grünen Wasserstoff ersetzt werden. Dazu fordern und fördern wir die
56 Umstellung dieser Prozesse. Auch gilt es, Potenziale für Biogas zu evaluieren.

57 b) Öl und Ölprodukte

58 Erdöl hat eine wesentliche Rolle als Treibstoff und als Rohstoff zur stofflichen
59 Nutzung, unter anderem in der Chemieindustrie. Dank erheblicher politischer
60 Anstrengungen auf Bundesebene ist die Importabhängigkeit innerhalb weniger
61 Wochen auf nunmehr 12 Prozent gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission
62 vorgeschlagenen zeitnahen Importstopp der Öllieferungen aus Russland. Gerade vor
63 dem Hintergrund der über die Druschba-Pipeline noch immer stark von russischen
64 Öllieferungen abhängigen Wirtschaft Ostdeutschlands unterstützen wir die
65 aktuellen Bemühungen der Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa
66 über die Häfen Rostock und Gdańsk/Danzig.

67 Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs durch Privathaushalte setzen wir uns für
68 ein Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs
69 auf fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der Fahrzeugbestand des ÖPNV muss zügig
70 elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum durch bessere
71 Taktungen und flexible Mobilitätskonzepte ausgebaut werden. Zur Steigerung der
72 Attraktivität des Radverkehrs sollten temporäre Radwege ins Straßennetz
73 eingebunden und Mobilitätsstationen eingerichtet werden. Zudem sollte der
74 Einsatz von elektrisch unterstützten Lastenfahrrädern für die letzte Meile durch
75 Logistikunternehmen und Lieferdienste verstärkt auch in Sachsen-Anhalt gefördert
76 werden.

77 Die Nutzung von Homeoffice, mobilem Arbeiten und Videokonferenzen sollte im
78 Fokus bleiben um weiterhin Geschäftsreisen und unnötigen Pendelverkehr zu
79 reduzieren. Schließlich muss die preisliche Attraktivität des öffentlichen

80 Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr weiter durch Instrumente
81 wie dem 9€- oder 365-Tage-Ticket gesteigert werden.

82 c) Ausbau der Erneuerbaren

83 Durch den Angriffskrieg und die Bestrebung unabhängig von Energieimporten aus
84 Russland zu werden, braucht es den Ausbau der Erneuerbaren Energien noch mehr
85 als je zuvor! Wir begrüßen die Bestrebungen von Bundeswirtschafts- und
86 Klimaminister Robert Habeck und Landesenergieminister Prof. Willingmann das 2%-
87 Flächenziel für Windenergie an Land auch in Sachsen-Anhalt umzusetzen. Dafür
88 braucht es jedoch noch erhebliche Anstrengungen auf Landes- und Bundesebene, um
89 einen Bürokratieabbau voranzutreiben. Die Raumordnungsverfahren im Land Sachsen-
90 Anhalt der Regionalen Planungsgemeinschaften sind noch lange nicht abgeschlossen
91 oder auf die 2% angepasst. Dazu braucht es erhebliche monetäre und personelle
92 Unterstützung der Regionalen Planungsgemeinschaften und auch den Willen der
93 Regionen und Kommunen. Dies kann und sollte durch eine stärkere monetäre
94 Beteiligung der Kommunen an den Wind- und Solarparks erfolgen.

95 Alternativabstimmung:

96 A: Die verschiedenen Krisen und der Krieg in Europa verlangen auch nach einer
97 Zeitenwende bei der Abwägung zwischen Naturschutz und dem Ausbau der
98 Erneuerbaren Energien. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist Wind im
99 Wirtschaftswald kein Tabu. Insbesondere in geschädigten Waldflächen und
100 Wirtschaftswäldern (Monokultur) sollte im Einzelfall die Errichtung von
101 Windkraftanlagen ermöglicht werden.

102 B: Die Zeitenwende auch in der Energiepolitik hebt die sorgfältige Abwägung von
103 Umwelt- und Naturschutz gegenüber den Belangen des beschleunigten Ausbaus der
104 Erneuerbaren Energien nicht auf. Deshalb halten wir fest: Mit BÜNDNIS 90/DIE
105 GRÜNEN Sachsen-Anhalt wird es keine Windkraftanlagen im Wald geben.

106 d) Ausbau der Netze

107 Die Vorgaben aus dem Osterpaket der Bundesregierung bedeuten eine nahezu
108 Verdopplung der Leistung bei Windkraftanlagen und eine nahezu Vervierfachung der
109 Leistung bei Photovoltaik-Anlagen innerhalb von 8 Jahren. Das zieht eine enorme
110 Kraftanstrengung nach sich. In gleichem Maße wie die Leistungen ausgebaut
111 werden, braucht es einen Ausbau der Stromnetze und -infrastruktur um das 3- bis
112 4-fache sowie die Schaffung/Qualifizierung von Infrastruktur für grünen
113 Wasserstoff. Hierzu sind enorme finanzielle Anstrengungen notwendig und eine
114 deutliche Beschleunigung der Planungs- und Umsetzungshorizonte von möglichst
115 unter 5 Jahren.

116 2)

117 Industrie/Wirtschaft/Strukturwandel/Transformati- 118 on

119 Schon heute investieren Industrieunternehmen erhebliche Ressourcen in den
120 Klimaschutz. Ohne Mitwirkung der Wirtschaft kann auch Sachsen-Anhalt die
121 ambitionierten klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung nicht

122 erreichen. Die Wirtschaft von morgen ist nachhaltig. Sie schützt damit nicht nur
123 das Klima, sondern macht uns vor allem auch unabhängiger von fossilen Energien
124 aus anderen Staaten. Damit sichert sie aber auch Wohlstand und Wertschöpfung
125 sowie Arbeitsplätze hier vor Ort. Die hohe Verfügbarkeit von Erneuerbaren
126 Energien wird als neue Energiesicherheit zum entscheidenden Standortvorteil
127 Sachsen-Anhalts. Dies haben die Intel-Ansiedlung in Magdeburg und die Avnet-
128 Ansiedlung in Bernburg eindrucksvoll zeigt. Wer Investitionen will muss
129 Windräder bauen und Solarstrompanele installieren.

130 35% der 50% Erdgasimporte aus Russland verbraucht die Industrie in Deutschland.
131 Dies sind insbesondere die Eisen-, Stahl- sowie Chemieindustrie.

132 Selbst die Gasschmelzöfen von Glasherstellern wie Euroglas in Haldensleben
133 müssen rund um die Uhr mit Erdgas versorgt werden.

134 Wir fordern die Erarbeitung tagesaktueller branchenbezogener Analysen zu den
135 Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf sachsen-anhalter Unternehmen
136 sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

137 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir
138 kontinuierliche Energiedialoge der Grundversorgungsunternehmen mit den
139 Großabnehmer*innen auf freiwilliger Basis über den gesetzlichen Standard hinaus
140 für sinnvoll.

141 Wir fordern darüber hinaus die laufende Prüfung und Schaffung von geeigneten und
142 zielgerichteten Hilfsmaßnahmen und geeigneter Instrumente für energieintensive
143 Unternehmen. Wo immer möglich müssen Hilfen dazu auch an ökologisch sinnvolle
144 Bedingungen geknüpft werden. Hierbei sollte der Umstieg auf stromoptimierte
145 Produktion auf Basis der Erneuerbaren Energien schnell ermöglicht werden. Die
146 Landtagsfraktion soll hierzu beauftragt werden, einen geeigneten Antrag zu
147 stellen.

148 Ein Nachhaltigkeitsindex sollte von der Landesregierung etabliert und bei der
149 Wirtschaftsförderung genutzt werden, der leicht verständlich zeigt, wie die
150 Wirtschaft und Industrie in puncto Nachhaltigkeit aufgestellt sind.

151 Gesamtwirtschaftlich gibt es derzeit keine Anzeichen einer Rezession, jedoch
152 wird die Entwicklung durch Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten
153 gebremst. Dies wird andauern und mit der Inflation eine Wirkung entwickeln. Im
154 Rahmen ihrer Möglichkeiten soll die Landesregierung Unternehmen helfen, sich
155 breiter aufzustellen, um sich nicht von einem Lieferanten bzw. Herkunftsland
156 abhängig zu machen. Es gilt daher dafür Sorge zu tragen, dass Strukturen in den
157 Lieferketten stärker diversifiziert werden, und auch andere Quellen in den Blick
158 zu nehmen, um resilienter zu werden.

159 Zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung einer
160 langfristigen Krisenfestigkeit sollte ein widerstandsfähiger, resilienter und
161 nachhaltiger Wirtschaftsraum ausgebildet werden. Dafür soll die Landesregierung
162 ein nachhaltiges Leitbild des Wirtschaftsraums Sachsen-Anhalt mit dem Ziel des
163 Ausbaus bestehender und der Entwicklung neuer regionaler
164 Wertschöpfungsnetzwerke, Absatzmärkte und Kreislaufströme in Zusammenarbeit mit
165 den Akteuren aus der Wirtschaft entwickelt werden. Es ist darauf hinzuwirken,
166 dass Strategien zum Umgang mit Krisensituationen, insbesondere der
167 Anpassungsfähigkeit zur Herstellung und Lagerung kritischer Güter, entwickelt
168 und Notfallpläne erstellt werden.

169 Das Energiesystem aber auch die Versorgungssicherheit braucht mehr Transparenz,
170 Objektivität und Sachlichkeit. Deshalb benötigt Sachsen-Anhalt zügig ein
171 technisches 24/7-Energiesicherheits-Monitoring. Dazu beauftragen wir die
172 Landtagsfraktion zeitnah einen geeigneten Antrag zur Einrichtung eines solchen
173 Monitorings zu stellen. Bei der Umsetzung des Monitorings sollten auch alle
174 Potenziale der Digitalisierung sowie wissenschaftliche Beratung genutzt werden.

175 3) Soziale Sicherheit und Schutz vor 176 Energiearmut

177 Soziale Entlastung statt Energiearmut

178 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner
179 Freiheit.“ Dieser Satz ist Teil unseres grünen Selbstverständnisses. In der
180 momentan krisenhaften Situation ist es für die Gesellschaft besonders
181 anspruchsvoll, ihn mit Leben zu erfüllen. Wo alle Verbraucherpreise steigen und
182 nicht selten parallel auch die Mieten ansteigen, trifft es besonders die Ärmsten
183 der Gesellschaft. Das Versprechen des Sozialstaates nach Sicherung des
184 Existenzminimums muss auch gehalten werden, wenn die Kosten für die Sicherung
185 der bloßen Existenz steigen. Das ist überlebensnotwendig für das Vertrauen in
186 unseren Staat und somit für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Neben
187 Lebensmitteln und Teilhabe gehören dazu auch Strom, Mobilität und eine warme
188 Wohnung.

189 Strom- und Wärmesperren sind zu verhindern

190 Die Bundesregierung sortiert unter der Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die
191 Sozialleistungen neu. Neben einer am Bedarf orientierten Kindergrundsicherung
192 und einer Neuberechnung der Grundsicherung für Erwachsene muss dazu auch ein
193 auskömmlicher Kostensatz für Energiekosten gehören. Wo Energiekosten objektiv
194 steigen muss auch dieser Beitrag angepasst werden. Empfänger von
195 Transferleistungen haben keine Rücklagen, um steigende Kosten selbst abzudecken.
196 Deshalb ist es die Verantwortung des Staates, hier die Gefahr von
197 Energieschulden abzuwenden.

198 Strom- und Wärmesperren stellen die höchste Eskalationsstufe bei Energieschulden
199 dar. Sie treffen die Ärmsten und oft Vulnerablen hart und es gilt diese zu
200 verhindern. Vorgeschaltet müssen immer Beratungsstufen, Unterstützung bei
201 Einsparungen und echte Hilfsangebote sein, um diese Härten zu vermeiden.

202 Da die Berechnung von Heizkosten- und Energiekostensätzen und -zuschüssen immer
203 auf den ermittelten Kosten der vergangenen Periode beruht, können krasse
204 Preissprünge in ihnen nicht abgebildet werden. Dies würde unweigerlich zu
205 unterdimensionierten Auszahlungen führen und finanzielle Notsituationen
206 erzeugen. In Zeiten objektiv sprunghaft steigender Energiepreise ist der
207 Heizkostenzuschuss der Bundesregierung ein wirksames Instrument zur Entlastung
208 der Menschen. Aber auch bei den erwartbar hohen Nachzahlungen bei
209 Energieabrechnungen für das Jahr 2022 braucht es ein sozial gerechtes Instrument
210 zur Abfederung durch den Bund.

211 Energetische Sanierungsmaßnahmen auch im kommunalen Wohnraum
212 vorantreiben

213 Energiekosten sind ein relevanter Kostensatz bei der Ermittlung der Kosten der
214 Unterkunft für die Empfänger von Sozialleistungen. Das gilt direkt, aber auch
215 indirekt. Günstiger Wohnraum ist in vielen Kommunen vor allem in unsanierten und
216 wenig energieeffizienten Gebäuden verfügbar. Bei sehr knapp berechneten KDU-
217 Kostensätzen führt das gleichzeitig oft zu höherem Strom- und Wärmeverbrauch.
218 Bei steigenden Kosten liegt es auch in der Verantwortung der Kommunen, die
219 Kostenberechnung der Realität anzupassen um das Existenzminimum tatsächlich zu
220 sichern. Gleichzeitig soll es ein Landesprogramm zur Sanierung von sozialem
221 Wohnraum geben, um in diesem - für den freien Markt eher unattraktiven -
222 Wohnungssektor energiesparende Um- und Einbauten zu ermöglichen.

223 Im Moment sind aus zahlreichen kommunalen Wohnungsunternehmen Alarmrufe zu
224 vernehmen. In der Frage von Energie- und Wärmekosten kommt es zu für beide
225 Seiten existenzbedrohenden Konflikten mit den oft ebenfalls kommunalen
226 Energieanbietern. Es ist im Interesse des Landes, sowohl die kommunalen
227 Wohnungsunternehmen als auch die Energieanbieter zu unterstützen. Sie sichern
228 bezahlbares Wohnen und die Grundversorgung mit Energie. Deshalb soll das Land
229 die Kommunen an solche Stellen als Mediator unterstützen um jeweils eine
230 existenzsichernde und gleichzeitig kundenorientierte Lösung zu finden. Für
231 Fälle, in denen eine solche Lösung nicht gefunden werden kann, soll das Land,
232 gemeinsam mit den Kommunen einen Rettungsschirm aufspannen.